

Der Holzarbeiter

Organ des Zentralverbandes christlicher Holzarbeiter Deutschlands.

Nr. 28.

Der „Holzarbeiter“ erscheint jeden Freitag und wird den Mitgliedern gratis zugestellt. — Für Nichtmitglieder ist der „Holzarbeiter“ nur durch die Post zum Preise von 1,50 Mk. pro Quartal zu beziehen. — Inseratannahme nur gegen Vorauszahlung. — Geldsendungen nur: Postcheckkonto 7718 Cöln.

Cöln, den 14. Juli 1911.

Insertionspreis für die viersp. Zeile 30 Pfg. Stellengesuche und Angebote, sowie Anzeigen der Zahlstellen kosten die Hälfte. Redaktion und Expedition befinden sich Cöln, Palmstraße 14. Telefonruf B. 1548. — Redaktionschluss ist Dienstag Mittag.

12. Jahrg.

Lohnbewegungen im ersten Halbjahr 1911.

Wenngleich im allgemeinen für das Gewerkschaftsleben die Zeit um die Jahreswende eine verhältnismäßig stille ist und namentlich Lohnbewegungen und Arbeitskämpfe nur in geringer Zahl stattfinden, so können wir im Holzgewerbe von dieser Tatsache kaum berichten, seitdem wir alljährlich unsere große Tarifbewegung haben. Die Tarifverträge, die mit dem Arbeitgeberschutzverband für das deutsche Holzgewerbe abgeschlossen, laufen serienweise im Februar von hier aufeinanderfolgenden Jahren ab. Im November werden die Verträge von dieser oder jener Seite gekündigt und die dann folgenden Verhandlungen bieten bis zur Tarifverneuerung aber auch Ausbruch des Kampfes des Interessanten genug. Neben den vielen gekündigten Verträgen wurden einige beachtenswerte Arbeitskämpfe mit ins neue Jahr herüber gebracht. Vor allem ist da der ziemlich umfangreiche Kampf in Mülhausen i. E. zu nennen, der erst nach viermonatlicher Dauer mit einem guten Erfolge für die Kollegen beendet werden konnte. Weniger lang währte der Kampf bei der Firma Niebaum & Gutenbergs, landwirtschaftliche Maschinenfabrik in Herford, der trotz widriger Umstände die Kollegen das gewollte Ziel erreichen ließ. Im Sande verlief der Kampf bei der Firma Esel in Kaiserlautern, die als bedeutendste Firma am Platze zur Anerkennung des von den übrigen Arbeitgebern abgeschlossenen Tarifes nicht zu bewegen war.

Bei der großen Tarifbewegung zeigte es sich, daß dem Arbeitgeberschutzverband nur unter großen Anstrengungen möglich ist, die Mitglieder bei der Stange zu halten. Entgegen getroffenen Abmachungen sperrten die Arbeitgeber in Kellheim, Breslau, Liegnitz und einigen anderen Orten aus. Bemerkenswert ist, daß es dem sozialdemokratischen Holzarbeiterverbande freilich auch nicht möglich war, seine Mitglieder von bedenklichen Schritten abzuhalten. So wenig einseitig wie in diesem Jahre ist die große Tarifbewegung noch in keinem früheren Jahre beendet worden. Selbst der Arbeitgeberverbandsleitung doch nicht einmal, alle ihre örtlichen Organisationen zu zentralen Verhandlungen zu bewegen, geschweige denn, in Berlin die Basis für eine Einigung zu erwirken. Für eine Anzahl Städte gingen die Verhandlungen glatt vonstatten; eine Anzahl weiterer Städte einigten sich später unter sich; andere, so Danabrück und Kellheim, suchten erst einen Strauß aus, ehe sie zum Tariffrieden kamen und wiederum andere wissen heute noch nicht, wie sie zum endgültigen Frieden kommen sollen (Liegnitz).

Trotz der Langwierigkeit der Verhandlungen sind die Erfolge der Tarifbewegung im allgemeinen schätzenswerte. Tarifabschlüsse tätigte der Verband bei den allgemeinen Verhandlungen für die Kollegen in Aachen, Breslau, Elberfeld, Helmstedt, Herford Posen und späterhin für Danabrück und Kellheim. Außerdem beteiligten sich Verbandsmitglieder an den Erfolgen der Tarifbewegung in Bremen, Chemnitz, Eisenach, Eibing und Stuttgart.

Im allgemeinen haben die Mitglieder unseres Verbandes im ersten Halbjahr nicht über Mangelhaftigkeit der Vertragsreihe der Arbeitgeber klagen können. Es zeigt sich immermehr, daß auch die Arbeitgeber die Wohltaten eines christlichen Arbeitsverhältnisses zu würdigen wissen. Nur in Bittau hatten wir mit Differenzen aus dem Tarifvertrage zu tun. Der einmütigen Stellungnahme der Kollegen mußten die Arbeitgeber jedoch nach kürzerem Widerstand alsbald nachgeben.

Eine ganze Anzahl Tarifverträge konnten im ersten Halbjahr 1911 außerhalb des Kreises, den die große Tarifbewegung ergreift, erneuert, r. sp. zum erstenmal getätigt werden. Der bedeutendste Vertragsabschluss kam wohl in Münster i. W. zustande. Leider bedarf es noch des Kampfes, um seinen Bestimmungen bei allen Arbeitgebern am Orte Geltung zu verschaffen. Meist handelt es sich um Außenseiter, die keiner vertragsgläubigen Arbeitgeberorganisation angehören, oder um Firmen, deren Bestreben den Grund für einen Konkurs abgeben könnte. — Der Tarifabschluss in Mülhausen i. E. konnte, wie schon erwähnt, erst nach viermonatlichem Kampfe erzielt werden. Dagegen gelang es in Mainz, trotzdem die Dinge schon ziemlich zugespitzt hatten, auf friedlichem Wege vertragliche Verbesserungen der Arbeitsbedingungen zu erreichen. — Ein nur kurzer Ausbruch führte in Fulda zum Vertragsabschluss. Hier war es anfänglich der Inhaber des größten Betriebes, der von einem Entgegenkommen nichts wissen wollte. Die übrigen Arbeitgeber waren einer Einigung zugänglich. Um besser den „ungerechtfertigten“ Forderungen der Arbeiter entgegenzutreten zu können, wurde dann seitens einiger Meister der Beitritt zum Arbeitgeberschutzverbande bewirkt und dieser veranlaßt, zu den Verhandlungen einen Vertreter zu entsenden. Nach Kenntnisnahme der Fuldaer

Verhältnisse durch den Schutzverbandsvertreter ergaben die Verhandlungen für unsere Kollegen ein solch gutes Resultat, wie sie es kaum erwartet hatten. Das Ende der Lohnbewegung hat dann aber einige Arbeitgeber so erobert, daß sie wegen „Arbeitsmangel“ eine Anzahl Kollegen unfreiwillige Ferien machen ließen. — Tarifabschlüsse wurden außerdem getätigt in Solingen-Wald, Telgte, Passau, Bad Reichenhall, Mühlendorf (Firma Geiger), Straubing, Offenbach, Dülmen, Arnberg, Gupen, alle ohne vorausgegangenen Kampf. Zum Tarifabschluß in Rosenheim und Fürth konnten die Arbeitgeber nur durch einen Kampf gewonnen werden. Von weiteren Tarifabschlüssen sind zu nennen die von Witten, wo auf Arbeitgeberseite die dem Rheinisch-Westfälischen Tischler-Innungsverbande (Sitz Essen) angehörige Tischler-Innung Vertragskontrahent ist und der Vertrag mit den bekannten Worpzwecker Werkstätten in Larmstedt bei Bremen.

Als eine Ergänzung des Tarifwerkes im Ruhrrevier, dessen Träger auf Arbeitgeberseite der Arbeitgeberschutzverband für das Baugewerbe ist, müssen die Verträge für Lützencheid, Waltrop, Vätgendortmund und Letmathe angeführt werden. Alle Verträge brachten ansehnliche Verbesserungen. Sie sind allerdings nur auf ein Jahr abgeschlossen worden und finden mit den übrigen Verträgen, die im Ruhrrevier mit dem Bau-Arbeitgeberschutzverband abgeschlossen wurden, am 1. April 1912 ihr Ende.

Handelt es sich bei den bisher angeführten Lohnbewegungen durchweg um solche der Bau-, Möbel- und Maschinenfabrikanten, so sind doch auch eine Reihe anderer Berufe an Bewegungen beteiligt gewesen. Die Kollegen der Möbel- und Sägewerke am Holzhafen zu Bremen erneuerten den Vertrag mit verschiedenen Verbesserungen. Die Korbmacher in Troisdorf schlossen mit der Firma Hochherz einen Vertrag, der vornehmlich die Akkordpreise festlegt. In der Uhrenfabrik in Mühlheim a. D. erzielten die Kollegen ansehnliche Verbesserungen. Dergleichen die Stuhlmacher der Firma Bosh in Weinheim nach mehrwöchentlichem Streik. Die Kollegen der Waggonfabriken nahmen ebenfalls die Gelegenheit wahr, stellen Forderungen, und verwirklichten dieselben ganz oder zum Teil. Sehr bemerkenswert ist im übrigen, daß die in der letzten Zeit auf den Waggonfabriken geführten Bewegungen und Kämpfe nur dort für die Arbeiterschaft einen guten Abschluß fanden, wo die christlichen Gewerkschaften eine ausschlaggebende Stellung besaßen. Erinnert sei nur an die Niederlagen in Ammendorf und Kastatt, wo die christlichen Gewerkschaften keine oder nur wenige Mitglieder hatten, und an den günstigen Ausgang der Dinge in Herdingen, Hagen und Cöln-Ehrenfeld, wo unser Zentralverband christlicher Holzarbeiter mit einer größeren Anzahl Mitglieder in Betracht kam. Es kann gesagt werden, daß der längere Kampf in Cöln-Ehrenfeld insbesondere den Holzarbeitern von ansehnlichem Nutzen gewesen ist, und nur unter dem Eindruck dieses Kampfes die Waggonfabrik in Cöln-Deuz sich zu „freiwilligen“ Lohnzugeständnissen an ihre Arbeiter bereit fand. Wie die Vorgänge lehren, kann die gewerkschaftliche Organisation auch in der Großindustrie vieles erreichen.

Neben den größeren Lohnbewegungen liefen viele kleineren Umfanges, vielfach geführt bei einzelnen Firmen. Mehrere Arbeitergruppen der bekannten großen Holzfirma W. Brüggemann & Sohn in Duisburg (die größte Niederlassung der Firma befindet sich in Papenburg) erzielten durch ihr geschlossenes Auftreten nennenswerte Lohnerhöhungen. Die Firma Kriethermes-Krefeld erkannte für ihren Betrieb den örtlichen Tarif an und gewährte sonstige Verbesserungen. In Windisch-Gschenbach wurde mit der Firma Gebr. Meyer, Sägerei und Holzwarenfabrik, für circa 70 Kollegen und Kolleginnen ein Vertrag getätigt. Günstig verliefen auch die Bewegungen bei der Firma Kuhlmann-Vierjen, bei der Holzmittelfabrik in Lauf und bei der Küchenmöbelfabrik Mandt & Mendel in Bonn-Bergsdorf, welche letztere zum Abschluß eines Akkordvertrages führte.

Nicht zahlreich waren die Lohnbewegungen im Tapezierergewerbe. Wenn hier nicht überall die Kollegen auf die erhoffte Rechnung kamen, so gebührt der Dank dafür dem soziald. Tapeziererverbande, der in den meisten Orten kein höheres Ziel kannte, als die Ausschaltung unserer Organisation. Die glorreiche Taktik des roten Tapeziererverbandes hat dazu geführt, daß im Westen Deutschlands die Situation im Tapezierergewerbe heute eine sehr verschwommene und verfahren ist. Vielleicht ist diese Situation dem roten Verbande nicht unerwünscht, da er dabei besser „im Trüben fischen“ kann. Von den Lohnbewegungen und Kämpfen der Tapezierer nennen wir Danzig, Berlin, Hamburg, Biersen, Duisburg, Düsseldorf, Elberfeld, Eisenach, Freiburg, Regensburg. Die Erfolge der Tapeziererkollegen wären mancherorts gewiß größer gewesen, wenn nicht der soziald. Verband in unmaßlicher Selbstüberhebung manches verspüht hätte.

Zu den Bewegungen, die direkt erfolglos verliefen, können nur zwei gerechnet werden. Einmal die Bewegung

der Säger in Steinberg b. Kronach, die dadurch ein unrühmliches Ende erreichte, daß die erst kurz für den Verband gemonnenen Kollegen auf Kommando des Arbeitgebers zu Frieden waren und aus dem Verbande austraten. Die andere Bewegung, die zum Streik führte, ging den Drechslern und Bohren bei der Firma Bock-Misterhammer im Westerwald verloren. Mit letzgenannter Firma werden sich die Gerichte in nächster Zeit noch zu beschäftigen haben. Es ist geradezu ein Skandal, wie diese Firma die wirtschaftliche Abhängigkeit der Arbeiterschaft ausnußt. Ihr höchstes Ziel ist die Ausmerzungen der gewerkschaftlichen Organisation aus dem Betriebe, weil sich ja nur dann auch die altbewährte Praxis beibehalten läßt. Gegenwärtig ist der Betrieb mal wieder „gewerkschaftsrein“; das wird aber nur solange währen, bis den armen Teufeln auf dem Westerwald der Geduldsfaden wieder reißt. Wenn sie dann nur dauernd einig bleiben würden!

Eine größere Anzahl Lohnkämpfe hatten zu Beginn des III. Quartals noch an. In Barmen kämpften die Getauensschreiner gegen schwer reiche Firmen schon monatelang. Nicht weniger langwieriger ist der Kampf in Worms und der der Arbeiter auf der Schichauwerft in Danzig. In Stolberg kreuzen die Kollegen die Klinge mit einem sozial-unverständigen Hünslertum, während in Cham (Bayern) die Postlieferantenfirma Schoyerer zum Tanze aufgepielt hat. In der westlichen Ecke des Ruhrreviers regt es sich in Mülheim a. d. Ruhr, in Sterkrade und in Duisburg-Meiderich. In allen drei Städten ist der Streik proklamiert. In Sterkrade gegen die Anhänger des Herrn Rüdelschütz, die dem Rate ihres Lehrers folgend, eine Arbeitszeit durch Vertrag festlegen wollen, die in anderen Verträgen nicht mehr zu finden ist. Das Vorgehen in Meiderich wird von allen Kollegen des Ruhrreviers aufs lebhafteste begrüßt werden, weil damit die letzte Feste der elf- und zwölfstündigen Arbeitszeit im Ruhrrevier fallen muß.

Zahlreich sind die kleineren Lohnbewegungen und Kämpfe, die neben den angeführten im ersten Halbjahr 1911 vom Zentralverbande christlicher Holzarbeiter geführt wurden. Ein Eingehen darauf würde zu weit führen. Aus der gegebenen Zusammenstellung ist zu ersehen, wie ernsthaft unser Verband an die Verbesserung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse herantritt. Unzweifelhaft wird die Statistik über die geführten Bewegungen am Jahreschlusse wiederum ergeben, daß unsere Organisation keinem anderen Verbande inbezug auf das Erzielte nachsteht.

Bemerkenswert sei noch, daß von den vom Verbande früher getätigten Tarifverträgen, 64 im ersten Halbjahr 1911 weitere Lohnaufbesserungen und Arbeitszeitverkürzungen brachten.

Der preussische

Fortbildungsschul-Gesetzentwurf.

Im Frühjahr dieses Jahres legte die preussische Regierung dem preussischen Landtag einen Gesetzentwurf über die Errichtung und den Besuch von Pflichtfortbildungsschulen vor. Der Gesetzentwurf wurde vom Landtag einer Kommission zur Spezialberatung überwiesen, die inzwischen eifrig an demselben gearbeitet hat.

Der Inhalt des Entwurfs ist im Wesentlichen folgender:

1. Alle Gemeinden, die 10 000 Einwohner und mehr zählen, sollen verpflichtet sein, für die in gewerblichen und kaufmännischen Betrieben beschäftigten männlichen Arbeiter, Gesellen und Angestellten unter 18 Jahren, eine Fortbildungsschule zu errichten und zu unterhalten. Die Errichtung von Fortbildungsschulen für weibliche Arbeiter und Angestellte bleibt ihrem freien Entschlusse überlassen.
 2. Dieselbe Verpflichtung kann durch Beschluß des Bezirksausschusses Gemeinden mit weniger als 10 000 Einwohnern auferlegt werden, welche mit einer anderen Gemeinde in räumlichem Zusammenhange liegen, wenn die Errichtung einer Fortbildungsschule zur wirksamen Durchführung der in dieser Gemeinde bestehenden Fortbildungspflicht erforderlich erscheint.
 3. In Gemeinden mit 10 000 und mehr Einwohnern sind alle in öffentlichen oder privaten Diensten beschäftigten männlichen Personen unter 18 Jahren gesetzlich verpflichtet, die Fortbildungsschule zu besuchen; die weiblichen Personen unter 18 Jahren können durch statutarische Bestimmung zum Schulbesuch verpflichtet werden.
 4. Kom Besuch der Fortbildungsschule können solche Personen befreit werden, welche eine der Fortbildungsschule gleichwertige Unterrichtsanstalt besuchen, oder nachweisen, daß sie die Kenntnisse und Fertigkeiten besitzen, die das Lehrziel der Fortbildungsschule bilden.
 5. Der Unterricht muß jährlich 240 Stunden, verteilt auf 40 Wochen à 6 Stunden, betragen; jedoch kann mit Genehmigung des Regierungspräsidenten die jährliche Stundenzahl bis auf 160 ermäßigt werden. Die Unterrichtsstunden müssen in der Zeit von 7 Uhr morgens bis 8 Uhr abends liegen.
- Durch Ortsstatut kann bestimmt werden:

- a) daß für die Angehörigen v. Stimmter Berufs, deren Arbeitszeit von der üblichen erheblich abweicht, der Unterricht ganz oder teilweise nach 8 Uhr abends stattfindet,
- b) daß bis zu 2 Unterrichtsstunden im Zeichnen am Sonntagvormittag stattfinden. Am Sonntagnachmittag darf jedoch nach 1 Uhr verbindlicher Fortbildungsschulunterricht nicht stattfinden.

6. Die Pflicht zur Errichtung und Unterhaltung der Fortbildungsschulen obliegt den Gemeinden, doch sollen denselben von Seiten der Staatsregierung Zuschüsse gewährt werden.

Soweit die wichtigsten im Gesetzentwurf enthaltenen Forderungen. Prinzipiell, darf man wohl sagen, sind sich alle Kreise darüber einig, daß ein geordneter Fortbildungsunterricht für die breite Masse der aus der Schule entlassenen und in das Erwerbsleben tretenden Jugend für den Einzelnen wie auch für die Gesamtheit des Volkes von der allergrößten Bedeutung ist. Speziell für die gewerbliche Arbeiterklasse am es nur fördernd sein, wenn durch die Fortbildungsschule dem Lehrling und jugendlichen Arbeiter Gelegenheit geboten wird, seine theoretischen Kenntnisse zu erweitern. Durch eine am Gesetzentwurf entsprechende Fortbildungsschule wird dieses Ziel indes nur in recht mangelhafter Weise erreicht werden.

Zunächst muß unbedingt verlangt werden, daß die Pflicht zur Errichtung von Fortbildungsschulen auch kleineren Gemeinden als mit 10000 Einwohnern obliegt. Städte mit 10000 Einwohnern haben so viele jugendliche Arbeiter und Lehrlinge, daß auch für diese obligatorische Fortbildungsschulen notwendig sind. Bei der Festlegung auf Städte mit über 10000 Einwohnern zeigt sich wieder der alte bedauerliche Zug, die erweiterten und besseren Fortbildungsgelegenheiten nur auf die großen Städte zu beschränken. Man ändert sich dann und klagt über „den Zug nach der Großstadt“ und verzweifelt, daß dem jungen Manne, namentlich dem jungen Geistes, der sich theoretisch weiterbilden will, ja gar nichts anderes übrig bleibt, als nach der Großstadt zu gehen. Richtiger wäre es überhaupt, die Pflicht zur Errichtung von Fortbildungsschulen an das Vorhandensein einer bestimmten Anzahl von Arbeitern und Lehrlingen unter 18 Jahren zu knüpfen, anstatt an die Gesamtbevölkerung einer Gemeinde. Wenn die Fortbildungsschule auch nur einigermaßen den Zweck erfüllen soll, den man von ihr erwartet, muß sie unbedingt auf eine breitere Grundlage gestellt werden; wird sie nur in Gemeinden mit mehr als 10000 Einwohnern eingeführt, so mag das ein kleiner Fortschritt gegen den gegenwärtigen Zustand sein, aber die ganze Sache ist dann nur ein Stückwerk. Wenn ein über die Volksschule hinausreichender Unterricht für die Jugend notwendig ist, dann ist dies allgemein der Fall, nicht nur in den größeren Städten, und es müssen deshalb konsequenter Weise auch die kleineren Städte zur Fortbildungsschulpflicht herangezogen werden.

Die Unterrichtszeit, die der Gesetzentwurf vorsieht, — 240 Stunden im Jahre, die nach den Beschlüssen der Kommission bis auf 140 herabgesetzt werden können — ist nicht gar viel, aber mehr dürfte wohl vorläufig nicht zu erreichen sein. Wichtig angewandt werden diese wenigen Stunden gegenstandsreiche Früchte bringen.

Wichtiger aber noch als die Ausdehnung, der Umfang der Fortbildungsschulen, ist der Geist, in dem dieselben geleitet, welche Aufgaben ihr zugewiesen werden, und um diese Frage ist ja gerade in der letzten Zeit ein heißer Kampf entbrannt. Bei der ersten Beratung des Gesetzentwurfes im Abgeordnetenhaus hielt der preussische Handelsminister Sydow zur Einleitung der Verhandlungen eine Rede, in der er sich über die bisherige Entwicklung der Fortbildungsschulen verließ und auf ihre Aufgaben hinwies. Dabei betonte er auch die Notwendigkeit der Bildung des Charakters, da gerade in den letzten Jahren der junge Mann in der Fabrik und Werkstatt den Schwächen und Phrasen seiner Umgebung ausgesetzt sei. Da müsse die Fortbildungsschule ihm klar machen, was er am Staate hat und was er als Staatsbürger dem Staate schuldig sei. Die staatsbürgerliche Erziehung müsse selbstverständlich auf der Basis der bestehenden gesellschaftlichen Formen ruhen und getragen sein von aufrichtiger Liebe zum Vaterland, von Gedanken der Treue zu Kaiser und Reich.

Anfängerweise sprach der Minister kein Wort von religiöser Belehrung, und als von evangelischer und katholischer Seite die Frage gestellt wurde, ob in den Lehrplänen der Fortbildungsschule kein Religionsunterricht aufgenommen werden soll, verneinte dies der Minister. Die Kommission hat sich inzwischen mit 11 gegen 8 Stimmen für die Einführung des Religionsunterrichtes ausgesprochen. Der Kommissionsantrag hat folgenden Wortlaut:

Zu den Aufgaben der Fortbildungsschule gehört auch die nachbarschaftliche Erziehung und die sittlich-religiöse Erziehung auf konfessioneller Grundlage, sowie bei Unterricht in körperlichen Übungen.

Dabei (bei der Festsetzung der Unterrichtszeit) ist wesentlich je eine halbe Stunde für die sittlich-religiöse Unterweisung festzusetzen.

Es es gelingen wird, im Abgeordnetenhaus diesen Kommissionsantrag durchzubringen, ist noch ungewiss. Es darf deshalb wohl auch an dieser Stelle gesagt werden, daß auch die christlich-nationale Arbeiterbewegung ein lebhaftes Interesse daran hat, daß den Lehrlingen und jugendlichen Arbeitern eine religiöse Unterweisung zuteil wird. Es ist für die Entwicklung der Arbeiterbewegung durchaus nicht gleichgültig, ob der Nachwuchs der Arbeiterklasse in christlichem Geiste oder in allgemeiner religiöser Launen erzogen wird. Mit der Erweiterung der theoretischen Kenntnisse allein ist dem Arbeiterstand nicht geholfen, sondern er braucht opferwillige, ideale, fähig-geistige Charaktere. Die Regierung gibt sich einer argen Selbsttäuschung hin, wenn sie glaubt, ohne religiöse Belehrung der arbeitenden Jugend das Volkwohl fördern zu können. Aber auch im Hinblick darauf, daß nach den Absichten der Regierung die Fortbildungsschule die Grundlage und der Schwerpunkt der Jugendberufshilfe werden soll, ist der Religionsunterricht dringend zu fordern. Gegenüber den ohne Zweck konzentrierten sportlichen und geselligen Be-

veranstaltungen der Fortbildungsschule wird der Religionsunterricht von besonderer Bedeutung sein.

Schließlich bliebe noch zu erwähnen, daß auch den konfessionellen Jugendvereinen mit der Einführung des obligatorischen Fortbildungsschulunterrichtes erhöhte Aufgaben in bezug auf religiös-sittliche Erziehung ihrer Mitglieder erwachsen. Mit dem Religionsunterricht in der Fortbildungsschule werden sie diese Aufgabe leichter erfüllen können, als es ohne denselben möglich sein würde.

Die Lebensdauer und ihre volkswirtschaftliche Bedeutung.

Die Verlängerung der Lebensdauer ist nicht nur für den einzelnen von hoher Bedeutung, sofern der Wille zum Leben bei jedem Menschen in hohem Maß ausgeprägt ist, sondern vor allem auch für unsere gesamte Volkswirtschaft, und zwar nach verschiedenen Richtungen hin. Diese Lebensdauer (mittlere Lebensdauer) ermittelt man statistisch, wie das „Reichs-Arbeitsblatt“ (Nr. 5) in einem bemerkenswerten Beitrag ausführt, aus den sogenannten Absterbeordnungen, wie solche bis heute für die gesamte deutsche Bevölkerung, und zwar für das männliche und das weibliche Geschlecht gesondert, im ganzen drei, vorliegen, die eine aus den Sterblichkeitsverhältnissen 1871 bis 1880, die zweite aus den Sterblichkeitsverhältnissen 1881 bis 1890 und die dritte aus den Sterblichkeitsverhältnissen 1891 bis 1900 berechnet. Diesen wird, sobald das notwendige Material vorliegt, eine Absterbeordnung für das Jahrzehnt 1901 bis 1910 folgen. Die Absterbeordnung der siebziger Jahre ergab für das männliche Geschlecht eine mittlere Lebensdauer von 35,58 Jahren, die Absterbeordnung der achtziger Jahre ergab eine mittlere Lebensdauer von 37,17 Jahren, und die der neunziger Jahre eine solche von 40,56 Jahren. Die entsprechenden Zahlen für das weibliche Geschlecht sind etwas höher, nämlich 38,45, 40,25 und 43,97. Die mittlere Lebensdauer hat im Laufe von 20 Jahren, von der Mitte der siebziger Jahre bis zur Mitte der neunziger Jahre des vorigen Jahrhunderts, bei dem männlichen Geschlecht um 5, bei dem weiblichen Geschlecht um 5 1/2 Jahre zugenommen. Welche hohe wirtschaftliche Bedeutung diese Besserung der Sterblichkeitsverhältnisse hat, zeigt zunächst die Erwägung, daß die 2 Millionen Kinder, die in Deutschland in jedem Jahre geboren werden, nach den Sterblichkeitsverhältnissen der neunziger Jahre zusammen etwa 85 Millionen Jahre durchleben, während sie nach den Sterblichkeitsverhältnissen der siebziger Jahre nur etwa 75 Millionen Jahre durchleben würden.

Trotz dieser beträchtlichen Erhöhung der Lebensdauer steht Deutschland noch immer hinter den meisten europäischen Kulturstaaten zurück. In Schweden, dessen Bevölkerung sich allerdings durch besonders günstige Verhältnisse auszeichnet, beträgt die mittlere Lebensdauer des männlichen Geschlechts 50,94 und die des weiblichen Geschlechts 53,63 Jahre, sie ist also um volle zehn Jahre höher als im Deutschen Reich. Um etwa 5 Jahre überragt noch Belgien und die Niederlande und um etwa 4 Jahre Frankreich und England Deutschland in den Zeiten der mittleren Lebensdauer. Nur in Oesterreich und in Italien ist die mittlere Lebensdauer geringer als in Deutschland. Der Grund, weshalb Deutschland noch in den neunziger Jahren des vorigen Jahrhunderts beträchtlich hinter anderen Kulturstaaten zurückblieb, liegt in seiner bedeutenden Kindersterblichkeit. Die Versuche, im Deutschen Reich die Sterblichkeit der frühesten Kindesalter herabzumindern, gehören der neuern Zeit an und werden erst in den Absterbeordnungen des 20. Jahrhunderts zum Ausdruck gelangen. Wenn man Folgerungen, die sich aus den fortlaufend berechneten Sterbestatistiken ziehen lassen, trauen darf, ist die mittlere Lebensdauer für den Zeitraum 1901 bis 1910 wieder um 5 Jahre gewachsen und möchte damit anderen Kulturstaaten bedeuend nähergerückt sein. Dagegen nimmt Deutschland, wenn man die ersten Kinderjahre ausschließt, indem man beispielsweise die Lebenserwartung der zehnjährigen Knaben und Mädchen in Vergleich zieht, eine wesentlich andere Stelle unter den Kulturstaaten ein. Die Lebenserwartung eines zehnjährigen Knaben ist in Deutschland 49,7 Jahre, in England 49,6, in Frankreich 49,2, in Belgien 50,3, in den Niederlanden 51,7 und in Schweden 52,8. Deutschland steht hier Frankreich, England und Belgien sehr nahe, nur von den Niederlanden und von Schweden wird es etwas überragt. Die Lebenserwartung der zehnjährigen Mädchen ist in allen Staaten etwa um 2 Jahre höher als die der zehnjährigen Knaben; die Stellung Deutschlands zu den anderen Kulturstaaten bleibt dabei unverändert.

Die Erhöhung der Lebensdauer hat neben dem Rückgang der Kindersterblichkeit als zweite wichtige Folge volkswirtschaftlicher Natur die Erhöhung der produktiven Kraft des Volkes. Um diese Wirkung deutlich zu erkennen, ist es nötig, die Zeit zu ermitteln, die innerhalb der produktiven Jahre, vom Schlusse des 15. bis zum Schlusse des 60. Lebensjahres durchschnittlich durchlebt wird. Würde niemand in diesen Jahren sterben, so würden alle Personen, die das 15. Lebensjahr vollendet haben, bis zum Schlusse ihres 60. Lebensjahres 45 Jahre durchleben; da aber der Tod einen Teil von ihnen vor dem 60. Jahre dahintrafft, wird die durchschnittlich durchlebte Zeit geringer als 45 Jahre sein. Für das Deutsche Reich folgt aus der Absterbeordnung der neunziger Jahre, daß eine 15 Jahre alte männliche Person durchschnittlich 37,92 Jahre innerhalb der Altersspanne von 15 bis 60 Jahren durchlebt, oder kurz ausgedrückt, indem man von allen anderen Ursachen der Unproduktivität abseht, daß ein Mann im Deutschen Reich nach den Sterblichkeitsverhältnissen der neunziger Jahre im ganzen 37,92 Jahre produktiv tätig ist. Von den 45 produktiven Jahren gehen also durch den Tod 7,08 Jahre verloren. Für England ergeben sich 37,91, für Frankreich nur 37,26 und für Belgien 38,00 Jahre. Nur Schweden und

die Niederlande weisen etwas höhere Werte auf, nämlich 38,55 und 38,65 Jahre, eigentümlicher Weise stehen hier die Niederlande höher als Schweden. Der Unterschied der Kulturstaaten ist also bezüglich der mittleren Lebensdauer zwischen dem 15. und 60. Lebensjahre nur gering. Für das weibliche Geschlecht ergeben sich in allen Staaten um 1/2 bis 3/4 Jahr höhere Werte. Diese volkswirtschaftlich interessante Zahl hat sich im Deutschen Reich während der letzten zwei Jahrzehnte nicht unwesentlich erhöht. Nach der Absterbeordnung der siebziger Jahre betrug sie 36,19 Jahre, sie ist also in zwei Jahrzehnten um 1 3/4 Jahre gewachsen. Erwägt man, daß im Deutschen Reich während eines jeden Jahres etwa 1200000 Personen das 16. Lebensjahr beginnen, so läßt sich ermesen, wie groß der Vorteil ist, wenn jede dieser Personen durchschnittlich 1 3/4 Jahre länger der wirtschaftlichen Tätigkeit erhalten bleibt. Es bedeutet einen Gewinn von rund 2 Millionen Lebensjahre für jede Generation.

Man darf aus Vorstehendem in der Tat wohl schließen, daß diese Besserung der Sterblichkeitsverhältnisse wenigstens zum Teil unserer sozialen Gesetzgebung zuzuschreiben ist. Und man erkennt weiter daraus, wie wichtig im Interesse der weitem Hebung unserer Produktivkraft und damit der Entwicklung unserer Volkswirtschaft es sein wird, diese soziale Gesetzgebung nicht etwa bloß bestehen zu lassen, sondern sie zeitgemäß unter Berücksichtigung unserer volkswirtschaftlichen Leistungsfähigkeit weiter auszubauen!

Verbandsnachrichten.

Bekanntmachung des Vorstandes.

Im Interesse der Kollegen machen wir darauf aufmerksam, daß mit dem Erscheinungstage dieser Nummer der 28. Wochenbeitrag für die Zeit vom 9. bis 16. Juli fällig ist.

Die Genehmigung zur Erhebung eines wöchentlichen Lokalbeitrages von 5 Pfg. (Gesamtwochenbeitrag 55 Pfg.) erhält die Zahlstelle Fredenhorst.

Verlorene Mitgliedsbücher. Nr. 19741 Gottlieb Glent; Nr. 61825 Johann van Beusekom. — Die Bücher sind für ungültig erklärt.

Lohnbewegung.

Die Ortsverwaltungen haben bei allen Lohnbewegungen der Zentralstelle jede Woche vor Reaktionschluss einen Bericht über den Stand der Bewegung einzusenden.

Der Jungzug ist ferngehalten

Schreiner und Maschinenarbeiter: Diegnitz; Worms, Fulda, Münster i. W., Stolberg Rhld., Kaufbeuren, Wolfenbüttel, Winterthur (Schweiz), Meibersch, Sterkrade, Mülheim Ruhr, Cham (Firma Schoyerer), Gelanenschreiner: Barmen-Elsfeld. Bürstenmachern: Rister-Risterhammer (Wodt & Co.). Pianoarbeiter: Bonn (Kühling). Bestarbeiter aller Berufs: Danzig und Elbing (Schlaw). Modellschreiner: Gelsenkirchen (Schaller Gruben- und Hüttenverein).

Tarifabschluss in Kaufbeuren. Nach sechswochentlichem Streikdauer wurde hier im Verlauf der vorigen Woche ein Vertrag abgeschlossen. Herr Bürgermeister Hofrat Stumpf ließ beide Parteien zu sich kommen und leitete die Einigungsverhandlungen ein. Nach mehr als 6 stündiger Verhandlung kam ein Vertrag zustande, der folgende Hauptpunkte vorstellt: Die Arbeitszeit — das Kampfojekt — wurde so geregelt, daß sofort die 57 stündige und am 1. April 1913 die 56 stündige Wochenarbeitszeit durchgeführt wird. Der Lohn wird mit Umrechnung sofort um 4 Pfg., 1912 um 2, und 1913—1914 um je 1 Pfg. erhöht. Die Mindestlöhne betragen: im 2. Gefellenjahr sofort 34, ab April 1912, 36, im 3. Gefellenjahr sofort 38, ab 1912 40 und ab 1913 41 Pfg. die Stunde. Für Ueberstunden werden 10, und für Nacht- und Sonntagsarbeit 20 Pfg. Zuschlag die Stunde bezahlt. Der Zuschlag bei Montagearbeit beträgt 0,50 Mk. und 1,80 Mk. im Tag. Alles in allem genommen bringt der Vertrag einen schönen Fortschritt, der hauptsächlich auf das musterhafte Zusammenhalten der Kollegen zurückzuführen ist.

Mit dem Tarifabschluss wurde gleichzeitig auch eine Gerichtsache erledigt. Die Schreinermeister veröffentlichten nämlich bei Beginn des Kampfes in der Presse einen Artikel, indem sie von einer Lohnforderung der Gehilfen sprachen, die 11 Pfg. die Stunde ausmache und eine Arbeitsverfängerung von 5 1/2 Stunden angaben. Der Artikel war dazu geeignet, die Bürgerschaft gegen die Gehilfen zu stimmen und hat nach der Richtung seinen Zweck nicht verfehlt. Darauf hin erschien ein Flugblatt, das Aufklärung über den Streit gab und die Angaben der Meister scharf der Kritik unterzog. Die Meister fühlen sich beleidigt und stellen gegen die Lohnkommission als Verbreiter des Flugblattes Beleidigungsklagen. Vor dem Bürgermeister wurde nun der Fall damit geschlichtet, daß die Meister erklärten, ihre Behauptungen nicht aufrecht erhalten zu können, während die Gehilfen die scharfen Ausbrüche zurücknahmen.

Eine Betriebsausperrung in München. In der Holzwarenfabrik Riefensfeld-München kam es in der vorigen Woche zu ersten Differenzen. Die Firma führte neben einer Arbeitsordnung, die alles bei Strafen vorschah, ein neues Kontrollsystem mit Uhren ein. In dem Kontrollsystem schickten die Kollegen nicht nur eine sehr umständliche Ein-

sondern auch eine Verletzung des Vertrags. Dem-... lehrten sie die Bewegung oder Durchführung der... entschieden ab. Daraufhin entließ die Firma Samstag... alle nicht im Akkordverhältnis stehenden Arbeiter... 100, — was einer Aussperrung gleichkam. Das Ver-... der Firma wäre unter Umständen als Tarifbruch ge-... zeichnet worden, doch kam es nicht so weit. Unter der... des Herrn Gewerbe-Gerichtsdirektors Brenner wurde... Streit damit erledigt, daß sich die Firma verpflichtete,...

Vertragsabluß in Cuxen. Nunmehr ist es ebenfalls... gen, im Cuxener Schreinergerwerbe einen für 2 Jahre... gen Tarifvertrag abzuschließen. Derselbe bringt die... ndige Arbeitszeit mit Lohnausgleich, sowie eine Lohn-... ng von 1 Pfg. am 1. Juli 1911 und 1 Pfg. am... pril 1912; die Akkordpreise werden entsprechend erhöht....

Vertragsabluß in Letmathe. Nach längeren Verhand-... en ist es uns auch in Letmathe gelungen, eine Verbesse-... der Lohn- und Arbeitsbedingungen zu erreichen. Zwar... dieses mit vielen Schwierigkeiten verbunden, welche... Ursache lediglich darin hatten, daß die Kollegen der... firma Pottmann nicht zu bewegen waren, sich zu orga-... ren. Die übrigen Kollegen waren sich jedoch einig und... elang es, auch ohne die Kollegen von Pottmann einen... Erfolg zu erzielen. — Ab 1. August d. J. wird statt... 10% stündigen die 10 stündige Arbeitszeit eingeführt....

Sterbefasel.

Johann Hinterecker, Säger, gestorben zu Char-... Ruhe in Frieden!

Gewerkschaftliches.

15 000 Mitglieder erreicht.

In der Begrüßungsversammlung, die dem vorjährigen... rbandstag unserer Organisation in Münster vorausging,... te Generalsekretär Kollege Stegerwald aus, daß es... aufträstiger Arbeit nicht fehl gehen könne, daß unser Holz-... arbeiter-Verband in der nächsten wirtschaftlichen Hochkonjunktur... ächst einmal die Mitgliederzahl von 15 000 erreiche und... Gesamtbewegung auf 1/2 Million Mitglieder steige.

Heute können wir berichten, daß unser Verband das gesetzte... l bereits erreicht hat. Wie die Meldungen der Arbeits-... nstatisik ergeben, zählte der Zentralverband christlicher... arbeiter Deutschlands am 1. Juli d. J. 15 168 Mit-... eder. Das zweite Quartal des laufenden Jahres hat... e Zunahme von 1012 gebracht. Das ist ein erfreuliches... chen für den agitatorischen Eifer, den unsere Kollegen be-... den. Er beweist, daß unsere Wünsche mit dem in Münster... ckten Ziele nicht befriedigt sind. Die Holzarbeiter wollen... n Verband stärker sehen.

Mit neuem Mut gehen sie nach der Erreichung dieser... ppe wieder an die Arbeit.

Vormwärts! den 20 000 entgegen!

„Einen gründlichen Vereinsfall“ erlebten die Holzgenossen... Wilhelmshaven. Vor nicht langer Zeit erdreistete sich... Mitglied unseres Verbundes, bei der Firma Raschke,... Erlaubnis der Genossen, in Arbeit zu treten. Nach... anten Mustern wurde der Kollege nach allen Regeln der... nst schikaniert und belästigt. Da dieses aber die beabsich-... te Wirkung verfehlte, so glaubte man mit Arbeitsnieder-... ung drohen zu müssen. Gesagt, getan! Einige Tage... auf legten dann auch 7 Genossen die Arbeit nieder mit... offiziellen Begründung, daß sie es mit ihrer Ueberzeugung... ht vereinbaren könnten, mit einem christlichen Gewerk-... tler zusammen zu schaffen. Doch, o Schreck! die Rechnung... ohne den Wirt gemacht worden. Wider Erwarten wurde... ven vom Arbeitgeber erklärt, daß er keine Veranlassung... te, unseren Kollegen zu entlassen. Der Drohung folgte die... und die Genossen streikten. Selbstverständlich wurde der... rieb sofort von Mitgliedern unseres Verbandes besetzt und... Terroristen konnten spazieren gehen. So etwas war... an der Wasserfront noch nie passiert. Nachdem die... abblätter diesen traffen Terrorismusfall veröffentlichten,... suchte die Leitung des sozialdemokratischen Holzarbeiterver-... des der Öffentlichkeit zu erklären, daß die betreffenden... glieder ohne Wissen der Verbandsleitung gehandelt hätten....

„Vaterländische Arbeitervereine.“ Der Ausschuß zur... nderung von Bestimmungen „vaterländischer Arbeitervereine“... seinen Jahresbericht pro 1910 erscheinen lassen. Wir... nehmen demselben, daß der Förderungsausschuß bei po-... ten Leuten 41 851,20 Mark zusammengebetitelt hat. Von... dem Gelde wurden ein Büro unterhalten, eine Zeitung...

korrespondenz herausgegeben; sog. Arbeitersekretariate unterstützt, neue gelb-vaterländische Vereine gegründet und die „deutsche Treue“ hergestellt. Für die Jahre 1911 und 1912 sind dem Förderungsausschuß schon je 15 000 Mark wieder zur Verfügung gestellt und sollen diese Gelder benutzt werden, um weitere „wirtschaftsfriedliche“ Arbeitersekretariate einzurichten. Im Jahre 1910 sollen 60 neue „nationale“ Arbeitervereine begründet worden sein. Außerdem trat ins Leben der „Bund deutscher Werkvereine“ und der Hauptausschuß der nationalen Arbeiterverbände, der alles, was den Selben zuneigt, zusammenfaßt. Dem Hauptausschuß sollen Vereine mit insgesamt 110 000 Mitgliedern angehören. Außer dem genannten Bund der Werkvereine gehören ihm an der Bund vaterländischer Arbeitervereine, der Bund der Bäckergehilfen, der Nationale Arbeiterverband für das Königreich Sachsen, der Bund vaterländischer Arbeitervereine im Herzogtum Altenburg, das Deutsche Arbeiterkartell Unterelbe und der Zentralausschuß jeemännlicher Berufsvereine.

Dieses gelbe Konglomerat erfreut sich der ausgiebigsten Unterstützung des eingangs erwähnten Förderungsausschusses, dem nur Leute von Rang und Ansehen, aber keine Arbeiter angehören. Von dreien der Förderungsausschufmitglieder, dem Reichstagsabgeordneten Pauli-Potsdam (kons.), Dr. Görke-Brandenburg (nat.-lib.), Nieseberg-Dueblinburg (wirtsch. Ver.) kann man wohl sagen: „Es tut mir weh, wenn ich Dich in jener Gesellschaft seh“. Verstehen denn die Herren wirklich so wenig von der deutschen Arbeiterbewegung? Dann mögen sie doch bei Parteifreunden Unterricht nehmen. Jedenfalls haben die Herren noch zu beweisen, was in einem von ihnen unterzeichneten Rundschreiben gesagt wird, „daß die bisherigen nichtsozialdemokratischen Arbeiterorganisationen mit der Sozialdemokratie oft, besonders in Klassenkampf Fragen Hand in Hand gingen und deshalb ungeeignet seien für nationale Arbeiter“. Es muß doch immerhin ein eigenartiges Gefühl sein, für eine verlorene Sache auf den Bettel zu gehen. Arbeiter, die etwas Rechtsbewußtsein in sich tragen und sich ihres volkswirtschaftlichen Wertes bewußt sind, lassen nicht in solcher Weise für sich betteln, sondern verlangen ihr Recht.

Die gelben Vereine verfügen bereits über eine Anzahl Blätter, die selbstverständlich nur bestehen können, weil sie nicht von ihren Lesern bezahlt werden. Das Hauptorgan der „Vaterländischen“ ist die „Deutsche Treue“. R. K. Blatt erster Güte. Weitere Blätter sind das „Südwestdeutsche Arbeiterblatt“ in Mannheim und die „Nationale Volkszeitung“ in Grimmisschau. Die Werkvereine geben heraus: „Behr“ in Augsburg, den „Bund“ in Berlin und den „Werkverein“ in Essen. Außerdem haben die Bäcker noch ihr eigenes Organ. — Viel Staat ist mit den Arbeitern, die gnädigst die Korinthen zu essen bekommen, die aus den Kuchen ihrer Herren herausfielen, nicht zu machen.

Für den obligatorisch-paritätischen Arbeitsnachweis legte sich am 10. Oktober v. J. der Lokalbeamte und Zahlstellen-vorsitzende Romberg des soziald. Holzarbeiterverbandes in Hamburg derart ins Zeug, daß ihn zu seiner Verurteilung die dortige Strafkammer zu 14 Tagen Gefängnis verurteilen mußte. M. soll zwei Tischler, die unter Umgehung des Arbeitsnachweises Arbeit angenommen hatten, unter Drohungen haben bestimmen wollen, die Arbeit niederzulegen. Daß M. ein großer Frechsdack ist, kann die Redaktion des „Holzarbeiter“ nur bestätigen.

Notgedrungene Feststellungen. Wir haben es in letzter Zeit abgelehnt uns mit „Siz Berlin“ auseinanderzusetzen, weil der christlichen Gewerkschaftsbewegung von jener Seite aus Abbruch kaum mehr getan werden kann. Einige Vorkommnisse der letzten Zeit zwingen uns jedoch, von jener Praxis abzuweichen und kurz festzustellen, was gegenüber den Behauptungen der Anhänger der Berliner Richtung Wahrheit ist:

1. In Elbing und Umgebung wird fortwährend das Gerücht kolportiert, daß unsere Allensteiner Zahlstelle mit sozialdemokratischer Hilfe gegründet worden sei. Der Urheber dieser Gerüchte ist ein Herr Liedtke in Dirschau, eine Hauptperson des dort gegen den Willen der Ortsgeistlichkeit bestehenden Arbeitervereins Berliner Richtung. Die Behauptungen dieses Mannes hat unser Kollege Schopohl schon vor längerer Zeit in einer Versammlung als Verleumdungen gekennzeichnet. Herr Liedtke hat den Vorwurf ruhig auf sich sitzen lassen. Trotzdem werden seine Behauptungen nach Jahr und Tag immer noch als Tatsachen weiterzählt.

2. Im Erulande wird von den Anhängern des Berliner Verbandes behauptet, der Zentralverband christlicher Holzarbeiter habe sich in Allenstein unfähig erwiesen, für die Tischler Verbesserungen zu erzielen. Der dort abgeschlossene Tarifvertrag sei das Werk der Fachabteilung. Wahrscheinlich stützten sich diese Behauptungen auf die Ausführungen im Berliner „Arbeiter“ Nr. 24, die besagen, daß in Allenstein unter Mitwirkung des Arbeitersekretärs von „Siz Berlin“ auf friedlichem Wege ein Tarifvertrag für die Tischler abgeschlossen sei. Diese Mitteilung ist sehr irreführend. Tatsache ist, daß ein Tarifvertrag im Allensteiner Tischlergewerbe erst nach mehrwöchentlichem Streit, an dem sich allerdings die wenigen Fachabteiler nicht beteiligten, abgeschlossen wurde. Der Tarifvertrag wurde von dem Bezirksleiter unseres Verbandes allein, ohne Mitwirkung des Berliner Arbeitersekretärs mit den Arbeitgebern vereinbart. Möge „Siz Berlin“ den Originalvertrag einmal vorzeigen! Die Mitglieder unseres Verbandes haben das Ergründen erkämpft. Dafür wird ihre Organisation jetzt verdächtigt.

3. In der Nr. 28 des „Arbeiter“ steht folgende Notiz: „Guttstadt. In einem unüberlegten Streit sind die Arbeiter, die dem christlichen Holzarbeiterverband angehören, auf einer Schneidmühle eingetreten. Nach einem wöchentlichen Streit nahmen die Arbeiter die Arbeit zu den alten Bedingungen wieder auf.“

Was ist an dieser Sache? Die Sägewerksarbeiter im „Guttstädter Waldgeschäft“ hatten mit ihrem Arbeitgeber für das Anrollern des Holzes im Winter einen Preis von 1 Mk. pro Festmeter vereinbart. Sie kamen dabei in den ersten Wochen auf einen Stundenlohn von 36 Pfg.

Nach einigen Wochen sank der Stundenverdienst immer tiefer, so daß schließlich noch 30 bis 31 Pfg. pro Stunde gezahlt wurden, trotzdem dieselbe Anzahl von Festmetern (wie der Geschäftsführer Schäfer erklärte) geschnitten wurden. Der Geschäftsführer hat mit den Arbeitern nichts zu tun, da er nur dem Unternehmer der Gatter das Holz liefert, während der Unternehmer die Leute bezahlt. Die Arbeiter verlangten nun, daß entweder Stundenlohn gezahlt, oder ihnen eine Kontrolle darüber eingeräumt würde, wieviel Holz geliefert sei. Nach achtägigem Streit wurde diese Kontrolle eingeräumt und waren die Arbeiter damit vollständig zufrieden. Auch nicht eine Stimme des Widerspruches erhob sich. Und wie stand's um die Organisation der Arbeiter?

Bei Beginn des Ausstandes waren ganze 4 unserer Mitglieder am Streik beteiligt, da die an den Maschinen beschäftigten Arbeiter nicht daran teilnahmen. Die Arbeiter wandten sich dann an unseren Bezirkssekretär um Vertretung ihrer Sache. An den bedeutend näher wohnenden Arbeitersekretär von „Siz Berlin“ wandten sie sich nicht, trotzdem eine Anzahl Mitglieder des Arbeitervereins („Siz Berlin“) an der Sache beteiligt waren. Unser Bezirkssekretär verlangte nun selbstverständlich, daß die Leute sich erst organisierten, ehe er sich für sie verwende, was auch von sämtlichen Arbeitern geschah.

Da die Leute ohne Kündigung in den Streik getreten, waren ihnen für zwei Tage der Lohn einbehalten. Durch das Eingreifen unseres Beamten wurden diese zwei Tage ausbezahlt. Wären die Leute vorher organisiert gewesen, so hätten sie nicht ohne Kündigung die Arbeit eingestellt. Da es aber einmal geschehen war, galt es, die Arbeiter vor Schaden zu bewahren.

4. Ein Mitglied des katholischen Arbeitervereins Elbing („Siz Berlin“), das in der Fachabteilung der Holzarbeiter sehr eifrig tätig war und wegen seiner Tüchtigkeit und Rechtschaffenheit auf manchen Posten gestellt wurde, trat aus innerer Ueberzeugung zum Zentralverbande christlicher Holzarbeiter über. Solange er Fachabteiler war, galt er als ein „tüchtiger Kerl“; als aber der Uebertritt erfolgte, setzte eine wütende Hege ein, die zum Ziele hatte, den Kollegen aus dem Arbeiterverein zu entfernen. — Ähnliche Vorkommnisse werden uns aus einer anderen Stadt berichtet. Wir möchten dazu bemerken, daß eine Preisgabe katholischer Grundsätze mit der Mitgliedschaft und der Tätigkeit der christlichen Gewerkschaften nicht verbunden ist und man sich deshalb wohl hüten sollte, die alte Verteilungspolitik von neuem zu beginnen.

Aus der Eisenbahnerbewegung. Der 8. Delegiertentag des Verbandes deutscher Eisenbahnhandwerker und -Arbeiter („Siz Berlin“), früher in Trier, hat in Halle beschlossen, den bisherigen Vorsitzenden Severin aus dem Verbandsauszuschließen und den Verbandsyndikus Heißner seines Amtes zu entheben. Beide hatten einander vor dem Verbandsstage in Flugschriften die größten Verfehlungen hinsichtlich ihrer Geschäftsführung an der Verbandsleitung vorgeworfen. In diesem Verbandsrat, dem früher der unseren Kollegen nicht unbekannt Herr Holz-Trier vorstand, herrscht ein großes Durcheinander. Dadurch, daß die frühere Verbandsleitung nichts getan hat um den Mitgliedern gewerkschaftliche Grundätze beizubringen, wird der Verband heute durchwühlt von Strebern, spießrigen Intriganten und geschickt operierenden Sozialdemokraten. Besonders letztere haben sich im Verband bereits so sehr festgesetzt, daß die Eisenbahndirektion Berlin an den Verbandsvorstand auf höhere Anweisung das Ersuchen richtete, die sozialdemokratische Elemente aus dem Verband zu entfernen. Sollte der Vorstand hierzu nicht in der Lage sein, dann werde die Eisenbahnverwaltung jede Beziehung zu dem Verbandsrat abbrechen. — Das Berlin-Trierer Verbandsgebäude ist innerlich vollständig morsch und dem Zusammenbruch nahe. Nicht viel besser steht mit dem Staatsarbeiterkartell, das auf Anregung dieses Verbandes gegründet wurde.

Kartellkonferenz in Württemberg. Eine Kartellvorsitzendenkonferenz für Württemberg, die zweite ihrer Art, tagte am 25. Juni unter dem Vorsitz des Kollegen Krug in Stuttgart und nahm einen zufriedenstellenden Verlauf. Mit Ausnahme von Schramberg und Wiberach waren sämtliche Ortskartelle der christlichen Gewerkschaften Württembergs vertreten. Kollege Kammerer hielt zunächst ein Referat über die Arbeitervertretung in den sozialgesetzlichen Institutionen Württembergs, das eine Reihe wichtiger Anregungen für die Betätigung bei den kommenden sozialen Wahlen bot. Dann erstatteten die einzelnen Kartellvorsitzenden Bericht über die Arbeit ihrer Ortskartelle. Während einige Kollegen über die noch vorhandene große Gleichgültigkeit in manchen Arbeiterkreisen und andere Hindernisse klagen führen mußten, kam aber auch in andern Berichten zum Ausdruck, daß dort ein lebendiger und arbeitsfreudiger Geist vorherrscht, und daß es die Kollegen verstanden haben, ihre Kartellarbeit nicht bloß theoretisch, sondern auch praktisch nach innen und außen auszubauen.

Kollege Wahl referierte über die Frage: „Wie können die Ortskartelle aktionsfähiger für die Gesamtbewegung ausgestaltet werden?“ Auch dieses Referat bot eine Reihe beherzigenswerter Anregungen, die, wenn sie in die Tat umgesetzt werden, manches württembergische Kartell besser als bisher auf die Beine bringen werden. Im Schlußwort konnte Kollege Krug den Teilnehmern an den Verhandlungen, bestens dankend für die Aufmerksamkeit und Ausdauer, mit der sie an den Verhandlungen teilgenommen haben, den Wunsch äußern, daß die Arbeit des Tages nicht vergeblich sein, sondern die Kartelle zu neuer Agitations- und Organisationsarbeit begeistern möge. Es könnten noch mehr Kartelle in Württemberg vorhanden sein, wenn alle Zahlstellen im Lande ihre Pflicht gegenüber der Gesamtbewegung ganz erfüllen würden. Hoffentlich wird das von Jahr zu Jahr besser werden.

Ein Gewerkschaftssekretariat in Sachsen. Mit Anfang Juli d. J. ist ein vom Gesamtverband der christlichen Gewerkschaften für das Königreich Sachsen in Dresden geschaffenes Sekretariat in Wirksamkeit getreten. Die Adresse desselben lautet: Herrn Voigt, Dresden N. Dammweg 4.

Ortskarte. Nach der neuesten im Zentralblatt gegebenen Uebersicht beträgt die Zahl der Ortskarte der christlichen Gewerkschaften 221.

Soziale Rundschau.

Die Zentralkrank- und Sterbekasse der deutschen Dittler (soz.) verzeichnet im 1. Quartal 1911 eine Nettoeinnahme von 14601,40 Mark. Demgegenüber stehen die Ausgaben mit 16000,55 Mark, so daß eine Verminderung des Vermögens um 1399,15 Mark erfolgt ist.

Arbeitszeit und Arbeitsleistung. Zu der viel erörterten Frage, ob auch bei einer Verkürzung der Arbeitszeit die Arbeitsleistung die gleich bleibe oder nicht, äußert sich in bemerkenswerter Weise in dem letzten Jahresbericht der preussischen Gewerbeaufsichtsbeamten für 1910 der Gewerbetät für den Regierungsbezirk Köln. Er schreibt hier:

„Der durch die Verkürzung der Arbeitszeit hervorgerufene Rückgang der Arbeitsleistung kam in der Textilindustrie nur zum Teil durch angestrengte Arbeit ausgeglichen werden, da diese durch den Gang der Maschine beschränkt wird. Die Tätigkeit kann jedoch in der kürzeren Arbeitszeit mit größerer Sorgfalt ausgeübt werden, wodurch zweifellos nicht nur bessere, sondern auch mehr Arbeit geleistet wird. Man wird im allgemeinen nicht fehlgehen, wenn man annimmt, daß der Produktionsausfall nicht unmittelbar der verminderten Arbeitszeit entspricht, sondern daß er bei einer Verkürzung der Schicht um den zehnten Teil noch weit unter dem zwanzigsten Teil der Tagesleistung bleibt. Es wäre nicht richtig, wenn die Verminderung der Rentabilität ebenfalls hoch geschätzt würde, da hierbei zu berücksichtigen ist, daß sich die Kosten des Kraftbedarfs, der Beleuchtung usw. verhältnismäßig stark vermindern. Einer der tüchtigsten Großindustriellen erklärte, es sei nicht ausgeschlossen, daß er künftig aus ähnlichen Erwägungen mit der Arbeitszeit noch weiter heruntergehen würde.“

Jedenfalls bewirkt diese Äußerung das eine, daß mit einer Verkürzung der Arbeitszeit ein Rückgang der Arbeitsleistung in keiner Weise verbunden zu sein braucht!

Einkommen und Mietsleistung. Das Verhältnis vom Einkommen und Wohnungsgröße zur Miete war Gegenstand von Untersuchungen, die in den letzten Jahren von mehreren deutschen Städten veranstaltet wurden. Die Ergebnisse dieser Untersuchungen hat das Reichsstatistische Amt verarbeitet und in jüngster Zeit im Reichs-Arbeitsblatt veröffentlicht. Trotz aller Verschiedenheit der Verhältnisse in den einzelnen Städten zeigte das Material über das Verhältnis von Einkommen und Miete einwandfrei folgende zwei wichtige allgemeine Ergebnisse: Erstens: Je ärmer jemand ist, desto größer ist die Summe, die er im Verhältnis zu seinem Einkommen für die Wohnung verausgaben muß. Je niedriger das Einkommen, desto höher die Miete; zweitens: der Anteil der Miete ist bei den kleinen Einkommen geringere, bei den großen gestiegen. Uebersieht man die Ergebnisse der Untersuchungen über das Verhältnis zwischen Wohnungsgröße und Miete in den einzelnen Städten, so findet man überall, daß der Mietpreis für einen Kubikmeter in den kleinsten, am dürftigsten ausgestatteten Wohnungen besonders hoch ist. Je kleiner die Wohnung, umso teurer ist sie im Verhältnis zum Gebotenen zu bezahlen. Die kleinste Behausung von 10 cbm Raum ist fast fünfmal so teuer wie die etwa zwanzigmal so große Wohnung von etwa 220 cbm. Die Kleinwohnungen, auf welche die große Mehrheit der Bevölkerung angewiesen ist, sind verhältnismäßig um so billiger, je größer sie sind; die größeren Wohnungen aber sind verhältnismäßig billiger als die kleineren Wohnungen. Daraus geht hervor: je kleiner die Wohnung, desto teurer die Miete.

Aus dem gewerblichen Leben.

Die Tischler-Fachschulen. Ueber die privaten Tischler-Fachschulen wurde jüngst in der deutschen Tischler-Zeitung lebhaft Klage geführt. Hierdurch sah sich Herr Carl Maibaum, der in Nürnberg eine Tischlerfachschule unterhält, zu einer Erklärung veranlaßt, in der es u. a. heißt:

„Es ist auch unserer Ansicht nach die höchste Zeit, daß hier Remedur geschähen und der Augiasstall gereinigt wird. Die Forderungen des Anspruchs sind: 1. An wen liegt es nun, daß sich solche Uebelstände herausbilden konnten?“

Einzig und allein an den Behörden, die in Verkennung der großen Kulturarbeit, welche die Fachschulen zu leisten haben, jedem ersten Besten, der darum nachsucht, die Konzession zur Errichtung einer Fachschule erteilen, unbekümmert darum, ob derselbe auch tatsächlich durch seine persönliche Tüchtigkeit und seine Vorbildung eine Gewähr für die Erfüllung der übernommenen Pflichten zu geben imstande ist. Auf diese Weise sind Fachschulen entstanden, deren Inhaber bei weitem nicht die Qualifikation für eine so schwierige Aufgabe besitzen.

Die Beurteilung der vorauszusetzenden Fähigkeiten wird, anstatt einer Kommission hervorragender Fachleute, in den meisten Fällen einem Schulinspektor, einem Pädagogen, übertragen, dessen gutachtliche Äußerung der Behörde die Erteilung der Konzession empfiehlt. Ist nun letztere erteilt worden, so wird Kellame gemacht, die um so marktschreierischer nach dem Vorbilde des billigen Jakob betrieben wird, je unfähiger der betreffende ist; denn was den Leistungen der Schule mangelt, muß durch Kellame ersetzt werden. Tatsächlich erreichen auch diese Leute durch einen unlauteren Federstrich mehr, als eine reelle Schule durch jahrelange Mühe und Fleiß kaum zu erreichen vermag. Durch notorisch unwahre Angaben und verkaufte Spitzfindigkeiten in Prospekten und Anzeigen wird die urteilslose Masse angelockt und ihr durch unerfüllbare Versprechungen die Köpfe verbrocht.

Diese Schulen lassen sich in richtiger Würdigung der Umstände meist in kleineren Städten der Reichsstaaten nieder, wo sie gern gesehen werden und unbehelligt ihr Wesen treiben, da sich die Behörden weder um den Inhalt der Prospekte noch um den Schulbetrieb zu kümmern scheinen, und wo kein Kläger ist, da ist befehlend auch kein Richter.“

Seine Fachschule möchte Herr Maibaum mit den gekennzeichneten Schulen nicht in Beziehung gebracht haben, da in Bayern eine strenge Aufsicht durch die Regierung geübt werde. Durch die Zuschrift wird nur das bestätigt, was wir unlängst bei Gelegenheit der Errichtung einer neuen Fachschule in Heide i. H. geschrieben. Uns scheint überhaupt, daß die Zeit der privaten Fachschulen ziemlich überwunden ist, da fast in allen größeren Städten kommunale oder staatliche Schulen bestehen, die genügend Ausbildungsmöglichkeiten für strebsame Handwerker bieten.

Literarisches.

25 Jahre deutsches Wirtschaftsleben.

In dem letzten Vierteljahrhundert hat unser Vaterland eine ganz außerordentliche wirtschaftliche Entwicklung erfahren. Während Deutschland früher ein überwiegend agrarisches Land war, seine Industrie nur auf wenigen Gebieten bemerkenswerte Leistungen aufweisen konnte, und sein Handel von demjenigen vieler anderer Staaten weit übertrifft wurde, ist es gegenwärtig zu einem Industriestaat ersten Ranges geworden und in seinem Handel ein gefährlicher Konkurrent des größten Handelsvolkes der Welt. Es betrug

	bei Rohstoffen für Jahressumme einschl. Holzfabrikate	bei Fabrikaten	bei Nahrungs- und Genussmitteln sowie Vieh	beim gesamten Spezialhandel
1882	1478,0	570,0	1043,4	3096,4
1895	1505,4	925,5	1389,9	4120,8
1907	4210,4	1391,5	2444,7	8746,7

Der Wert der Einfuhr im Spezialhandel in Millionen Mark

	1882	1895	1907
bei Rohstoffen	845,0	1599,4	679,7
bei Fabrikaten	722,4	2179,5	416,0
bei Nahrungs- und Genussmitteln sowie Vieh	1655,4	4636,1	351,7

Nach dieser Zusammenstellung, bei welcher der Wert der Einfuhr von Edelmetallen nicht berücksichtigt ist, ist der Wert der gesamten Einfuhr von 1882 auf 1895 um 1024,4 Millionen Mark oder im jährlichen Durchschnitt dieser Periode um 2,75 v. H. gewachsen, während die Steigerung von 1895 auf 1907 sich auf 4625,9 Millionen Mark oder durchschnittlich im Jahre auf 10,20 v. H. stellt. Bei der gesamten Einfuhr ergibt sich von 1882 auf 1895 eine Wertsteigerung um nur 93,8 Millionen Mark oder durchschnittlich um 0,237 v. H. im Jahr und von 1895 auf 1907 eine solche von 3527,3 Millionen Mark oder im jährlichen Durchschnitt um 9,72 v. H.

Die bedeutend Deutschlands Weltstellung auf dem Gebiete der Industrie geworden ist, vermag man aus der Gewinnung des wichtigsten Industrieerzeugnisses, des Roheisens, darzutun. Die Roheisengewinnung betrug nämlich in 1000 metrischen Tonnen abgesehen von Staaten mit geringer Produktion) in:

Jahr	Deutschland mit Bayern	Großbritannien u. Irland	Frankreich	Italien	den Vereinigten Staaten von Amerika
1882	3470	8716	3039	528	4632
1895	5465	7827	2004	1452	9598
1907	5521	9103	2714	2934	14011
1907	12575	10277	3529	2811	26195

Hieraus ist Deutschland nächst den Vereinigten Staaten von Amerika das Hauptproduktionsland für Roheisen geworden und hat England, mit dem es vor einigen Jahrzehnten bei weitem nicht konkurrenzieren konnte, bedeutend überflügelt.

Und auch im internationalen Verkehr spielt unser Vaterland welches vor vier bis fünf Jahrzehnten in dieser Beziehung wenig in Betracht kam, eine bedeutende Rolle. Es betrug nämlich E = der Wert der Einfuhr und A = der Wert der Ausfuhr im Spezialhandel

	in deutschen Mark	in Großbritannien u. Irland	in Frankreich	in Italien	in den Vereinigten Staaten von Amerika
1884	E 3236,2	A 6682,2	8518,2	1108,2	2803,8
1895	E 4120,7	A 4760,7	2618,3	1215,2	9044,9
1900	E 3317,0	A 4619,8	2782,8	1516,0	8382,2
1905	E 4611,4	A 5940,8	3287,0	1647,5	7767,1
1906	E 5731,6	A 9939,7	8828,1	1871,8	4565,9
1907	E 8021,9	A 10664,8	4501,8	1348,8	5096,4
	E 6569,0	A 7661,7	4213,4	2164,0	7215,4
	E 8746,7	A 11298,9	4978,4	1515,2	5944,7
	E 6845,2	A 8691,1	4476,9	2142,7	7785,6

Dieser außerordentliche Aufschwung von Industrie und Handel ist natürlich auch von Einfluß auf die berufliche und soziale Gliederung unseres Volkes gewesen. Dies festzustellen u. a. Zweck der sogenannten Berufs- und Betriebszählungen, deren in den letzten 25 Jahren drei stattgefunden haben, 1882, 1895 und leghin 1907. Den Versuch nun, die Ergebnisse der jüngsten Zählung durch entsprechende Bearbeitung des wertschätzlichen und selbst für den Fachmann nicht immer sofort verständlichen Materials möglichst weiten Kreisen unseres Volkes zugänglich zu machen, unternimmt ein soeben im Volksvereins-Bericht in W. Gladbach erschienenen Werk: Die deutsche Volkswirtschaft und ihre Wandlungen im letzten Vierteljahrhundert. Auf Grund der Ergebnisse der Berufs- und Betriebszählungen von 1882, 1895 und 1907 bearbeitet von Dr. Georg Neuhaus, Direktor des statistischen Amtes in Königsberg i. Pr. 1. Ab.: Die berufliche und soziale Gliederung des deutschen Volkes, gr. 8° (XVI u. 280), M. 4,50. 1907 seit der ersten Zählung im Vierteljahrhundert verstrichen war, und in diesem Zeitraum der Aufschwung der deutschen Volkswirtschaft begonnen und seinen Fortgang genommen hat, sind auch die Ergebnisse der früheren Erhebungen berücksichtigt worden. In vorliegender umfangreicher Schrift ist somit nicht nur der Stand der deutschen Volkswirtschaft von 1907, sondern auch ihre Entwicklung seit 1882 dargestellt. Dabei ist die Darstellung nicht auf das Reich als Ganzes beschränkt worden, sondern es haben auch die Bundesstaaten eingehendere Berücksichtigung gefunden. Darüber hinaus sind weiter die Verhältnisse in den Großstädten eingehender, als es sonst zu geschehen pflegt, behandelt worden. Denn die meisten unserer Großstädte sind nicht allein das Produkt unserer glänzenden wirtschaftlichen Entwicklung, sondern diese ist durch die großstädtischen Gemeindeverwaltungen in nicht geringem Maße befördert worden.

Das Gesamtwerk zerfällt in zwei Teile; im ersten vorliegenden Bande wird die berufliche und soziale Gliederung des deutschen Volkes dargestellt, im zweiten, der binnen wenigen Monaten erscheinen wird, die Landwirtschaft, die Industrie, der Handel und Verkehr. Für jeden, der berufen ist oder sich berufen fühlt, an der wirtschaftlichen und sozialen Entwicklung unseres Volkes mitzuarbeiten, ist das hier angezeigte Werk unentbehrlich!

Das Geschlechtsproblem in der Krankenpflege. Von Georg Streiter. (Heft 349/50 der Sammlung „Kultur und Fortschritt“, Verlag Felix Dietrich, Gaußsch bei Leipzig.) 1911. 2 Seiten, 8°. Preis 0,50 Mk.

Unter diesem Titel hat Georg Streiter, der Vorsitzende des Gesamtverbandes der christlichen Gewerkschaften angeschlossenen Krankenpflegerverbandes, soeben eine neue Schrift erscheinen lassen. Sie führt uns in das Hauptproblem der weiblichen Krankenpflege ein: gehört der männlichen oder weiblichen Krankenpflege die Zukunft. Streiter gibt zu, daß das weibliche Pflegepersonal an Zahl überholt hat, behauptet aber, daß das männliche Pflegepersonal an Ausbildung, technischer Fertigkeit, Treue und Beruf usw. den Pflegerinnen (besonders den weltlichen Schwestern) — die geistliche Krankenpflege läßt Streiter außer Betracht — mindestens gleichwertig ist. Wenn der Pfleger in der Öffentlichkeit, bei Ärzten usw. heute noch ein weniger gutes Ansehen genießt wie die Pflegerinnen, oft auch schlechter entlohnt ist, so liegt das nach Streiter einzig daran, daß das männliche Pflegepersonal weit weniger so straff organisiert ist, wie die Pflegerinnen. Klingt denn die lehrsamere, anschaulich geschriebene Schrift zu einem Ruf an das männliche Pflegepersonal aus, mehr als bisher sich einheitlich zu organisieren.

Verband christlicher Schneider und Schneiderinnen und wandrer Berufe Deutschlands. Jahresbericht 1910. 28 Seiten. Vom Inhalt wird besonders die Abhandlung über das Problem des paritätischen Arbeitsnachweises im Schneidergewerbe lebhaftem Interesse begegnen.

Adressenveränderungen.

Habensburg. V. Johann Bauz, Geestr. 39.

Wir suchen für unsere Brauereipoliermaschinen noch 2 tüchtige Monteur für geschraubte und geg. Kupferen, 1 Schleifer zum Schleifen mit Sandpapier (Schachtel), 1 Fräser für Kreislager. Dauernde Beschäftigung und guter Lohn garantiert.

Gebüder Gütler, Höhr b. Koblenz.

Tischler, Tischler, Tischler, Tischler

Tischler

Ich habe angenehme dauernde Stellung und abwechslungsreiche Arbeit auf feiner Möbel-Fabrikation.

Lobberger Kunsttischlerei F. Schoppenhauer, Lobbergen i. B.

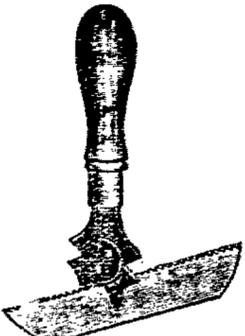
Eine größere Tischlerei aus Rhein sucht einen tüchtigen Polierer und einen tüchtigen Möbeltischler.

Unter Verzicht dauernde Stellung. Offerten an die Expedition dieses Blattes unter W. G. abgeben.

Breuer's Patent-Schränkeisen D. R. P.

für alle Hand-, Band-, Gatter- und Kreissägen sind die besten Werkzeuge ihrer Art! sparen viel Zeit, Geld und Verdruß! geben allen Sägen jede gewünschte Schnittweite! schaffen stets gleichmäßig glatten Schritt! verhindern das Abbrechen und Einreißen der Zähne! schränken Gatter und Kreissägen ohne abzuspinnen! sind von einfacher dauerhafter Konstruktion! von jedem, selbst von Blinden leicht zu handhaben! äußerst billig im Preis! mit Garantie! deshalb jedem Fachmann zu empfehlen!

Zu beziehen von **Bernhard Breuer, Gindorf, Niederrh.**



Dier tüchtige Bauerschreiner sucht für dauernde Beschäftigung **Ad. Quast, Ahlen i. W.** Bau- und mechanische Schreiner.

Suche per sofort zwei tüchtige Holzdrehler auf dauernde Beschäftigung. **H. Hermann, Holzdrehlerei mit Dampftrieb, Löningen i. Oberrh.**

Eingelegte Fourniere

für Nähtische, Schatullen u. Füllungen. Musterbogen gegen 20 Pfg. in Briefmarken. Zahlreiche Anerkennungschriften. **Eustach. Biller, Marqueter, Heibelberg, Theaterstraße 7.**

Tischler-Gesuch.

Einige auf Weichholzmöbel gut eingearbeitete Tischler finden bei gutem Lohn (Korfordern) dauernde Beschäftigung. Auskunft erteilt die Geschäftsstelle d. Bl.

Tüchtige, selbständige Möbelschreiner auf seine Korfordern, tüchtiger Stuhl- und Fertigmacher gegen hohen Lohn in dauernde Stellung gesucht. **M. Reutlinger & Co., Karlsruhe i. B.**